

Erfolge, Krisenlasten und neue Risiken

Die Wirtschaftslage 2011

Deutschland ist im internationalen Vergleich stark aus der Krise gekommen. Im Frühjahr 2011 wächst die Wirtschaft, sinkt die Arbeitslosigkeit, steigen die Steuereinnahmen. Die Modernisierungsleistungen und das Krisenmanagement der vergangenen Jahre waren die entscheidenden Voraussetzungen für diese Erfolge. Die Leistungen der SPD trugen Früchte.

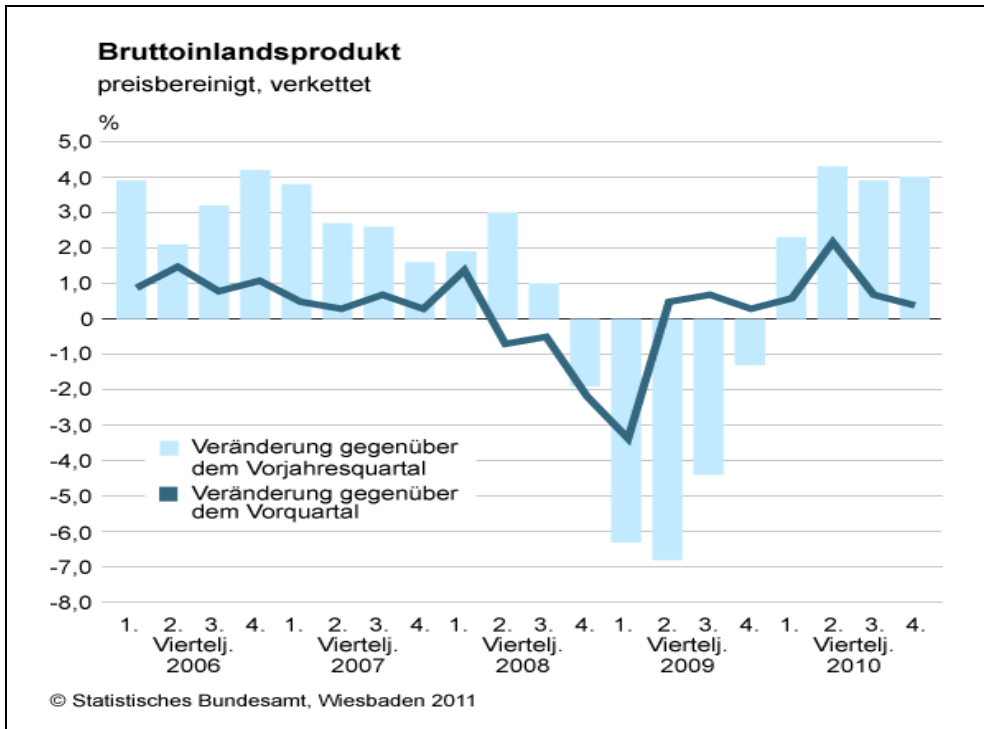
Deutschland hat dabei seinen Pfad industrieller Qualitätsproduktion mit starken Gewerkschaften und einem aktiven Staat nicht verlassen, sondern durch Innovationen und Reformen seine Wettbewerbsfähigkeit erhöht. So ist das Land vom „kranken Mann“ wieder zu einem wirtschaftlichen „Kraftpaket“ in Europa geworden.

So wie die wirtschaftliche Prosperität von heute auf die gute Politik von gestern folgt, so gilt auch: Das politische Versagen der schwarz-gelben Koalition von heute begründet die wirtschaftlichen Risiken von morgen.

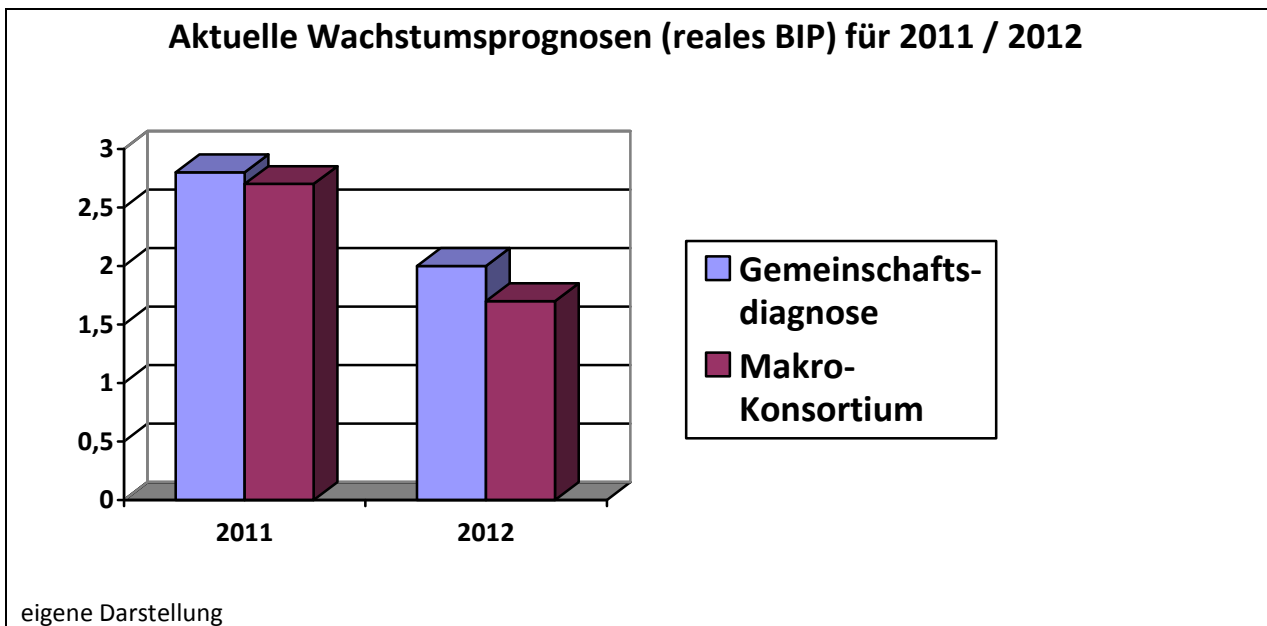
I. Von der Erholung in den Aufschwung

Vor zwei Jahren, im Frühjahr 2009 befand sich die deutsche Wirtschaft in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf der Talsohle der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit. Vier Quartale lang, vom 2. Quartal 2008 bis zum 1. Quartal 2009 war das Bruttoinlandsprodukt nicht nur real, sondern auch preisbereinigt, geschrumpft.

Schon seit dem zweiten Quartal 2009 zeigt die allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Deutschland jedoch wieder nach oben: Auf den Rekordeinbruch des BIP im Jahresvergleich 2009/2008 in Höhe von -4,7% folgte bereits im letzten Jahr eine kräftige Erholung mit +3,6% im Jahresvergleich 2010/2009. Triebfedern dieser Erholung waren die wieder kräftig anziehende Exportnachfrage, insbesondere aus den Schwellenländern, sowie die Stützung der Binnenkonjunktur durch die zum Jahreswechsel 2008/2009 noch von der Großen Koalition beschlossenen Konjunkturpakete.



Die Konjunkturoxperten sind sich einig, dass sich dieser Prozess fortsetzt: Die Gemeinschaftsdiagnose der Institute¹ von Anfang April sieht das reale Wachstum für 2011 bei 2,8%, für 2012 bei 2,0%. Das gewerkschaftsnahe IMK-Institut schätzt im neuen internationalen Verbund des „Makro-Konsortiums“² die entsprechenden Werte mit 2,7% für 2011 und 1,7% für 2012 nur geringfügig abweichend ein.



¹) ifo München, IfW Kiel, IWH Halle, RWI Essen jeweils mit Kooperationspartnern: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011 „Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst“, Halle April 2011

²) IMK Düsseldorf, OFCE Paris, WIFO Wien: Der Euroraum im Umbruch – Erste gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums; veröffentlicht als IMK Report Nr. 61 April 2011

Das heißt: Der in der Rezession zu verzeichnende Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland wird im Laufe dieses Jahres wieder wettgemacht sein, von der bisherigen Aufholphase geht die Wirtschaft dann in einen echten Aufschwung über. Dieser wird im kommenden Jahr dann etwas gedämpfter ausfallen, wenn die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte angesichts weltweiter Konsolidierungsbemühungen leicht nachlassen werden. Auch für die mittelfristige Periode bis 2015 sehen die Konjunkturforscher günstige Aussichten – sie rechnen mit realen jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten von knapp unter bzw. knapp über 2%³.

Im internationalen Vergleich gehört Deutschland damit zu den Ländern, die die Krise am besten überwunden und schnell wieder in den Wachstumsmodus zurück gefunden haben. Die Voraussetzungen für diesen Erfolg wurden mit den langfristig angelegten Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die einen besseren Wiedereintritt der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zum Ziel hatten, mit der Modernisierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf wichtigen Leitmärkten, mit der ausgewogenen Tarifpolitik der Gewerkschaften und schließlich mit den entschlossenen Anti-Krisen-Programmen 2008 und 2009 geschaffen. Letztere haben zur richtigen Zeit industrielle Kapazitäten gesichert, eine Brücke in die neue Wachstumsphase gebaut und kommunale Investitionen ausgelöst. Das noch zur Jahrtausendwende kritisierte „Modell Deutschland“, mit einem aktiven Staat, sozialen Sicherungen und im internationalen Vergleich nach wie vor starken Gewerkschaften hat sich in schwieriger Zeit behauptet. Deutschland ist heute wieder ein Vorbild für andere Länder.

II. Wachstumsbeiträge – Verschiebung der Gewichte

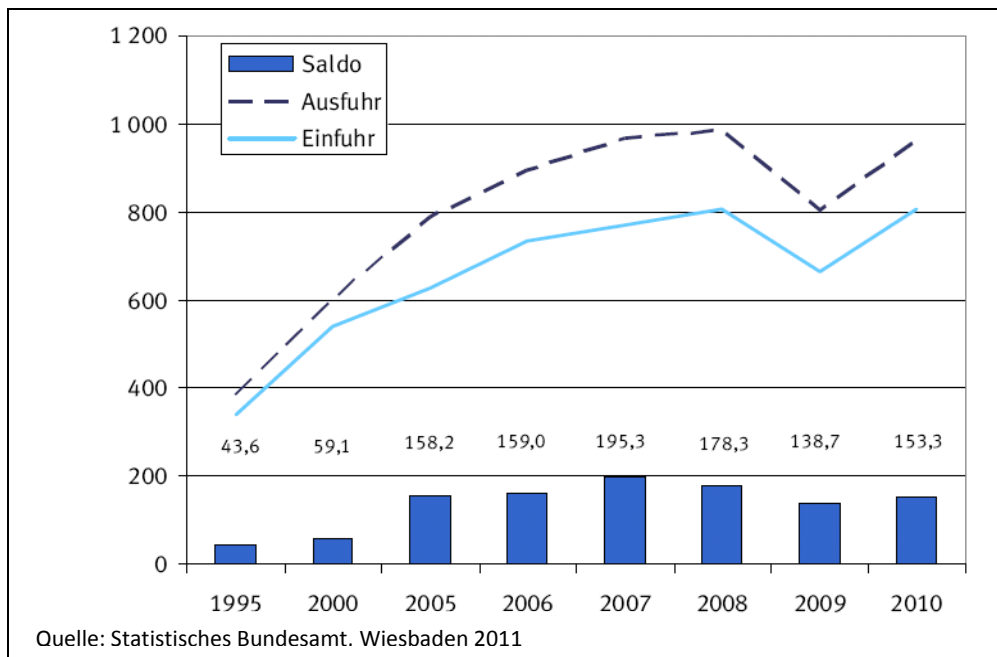
Außenwirtschaft

Wie schon in vorangehenden Krisen war die **Exportwirtschaft** die wesentliche treibende Kraft der konjunkturellen Wende in Deutschland, in absoluten Werten stieg der Ausfuhrwert von 803,3 Mrd. € in 2009 auf 959,5 Mrd. € in 2010. Preisbereinigt betrug der Anstieg im Jahresverlauf 2010 rd. 15,8%.

³) Gemeinschaftsdiagnose 1,75%; Makro-Konsortium 2,1%

Gesamtzahlen Außenhandel

in Milliarden Euro



Dabei verweist die **regionale Verteilung der Exportentwicklung** auf die weit über den Euro-Raum hinaus reichende Spaltung der Weltkonjunktur in der Folge der Krise. Im bereits wieder boomenden Asien, insbesondere in China konnten die deutschen Exporteure 2010 mit 30 bzw. 44% enorme Wachstumsraten erzielen. Das Volumen der Vorkrisenexporte wurde hier deutlich übertroffen. Dagegen wuchsen die Exporte in die Partnerstaaten der EU sowie in die USA deutlich langsamer, hier konnte das Vorkrisenniveau bis Ende 2010 jeweils noch nicht ganz wieder erreicht werden.⁴

Diese Entwicklung der regionalen Spezialisierung in Richtung der Schwellenländer (insb. BRIC) weist eine aktuelle Studie des DIW⁵ gerade auch für den Bereich der **Hoch- und Spitzentechnologieexporte** nach. Im Gegensatz zu den USA und Japan konnte dadurch der Anteil forschungsintensiver Exporte an den Gesamtexporten in Deutschland in etwa stabil gehalten werden, obwohl in diesem Segment des Welthandels überdurchschnittliche Nachfrageeinbrüche im Zuge der Krise festzustellen waren. Medizintechnik, chemische Industrie und Maschinenbau konnten dabei ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen, Verluste an Wettbewerbsfähigkeit gab es hingegen im Automobilsektor.

Für dieses und das kommende Jahr rechnen die Konjunkturforscher weiter mit einer dynamischen Exportentwicklung von 10,4 bzw. 6,8%⁶. Und auch die regionale Entwicklung wird

⁴ S. IMK-Report Nr. 61, S. 9ff

⁵ S. „Exporte: Orientierung auf Zukunftsmärkte“ in DIW Wochenbericht 17/2011

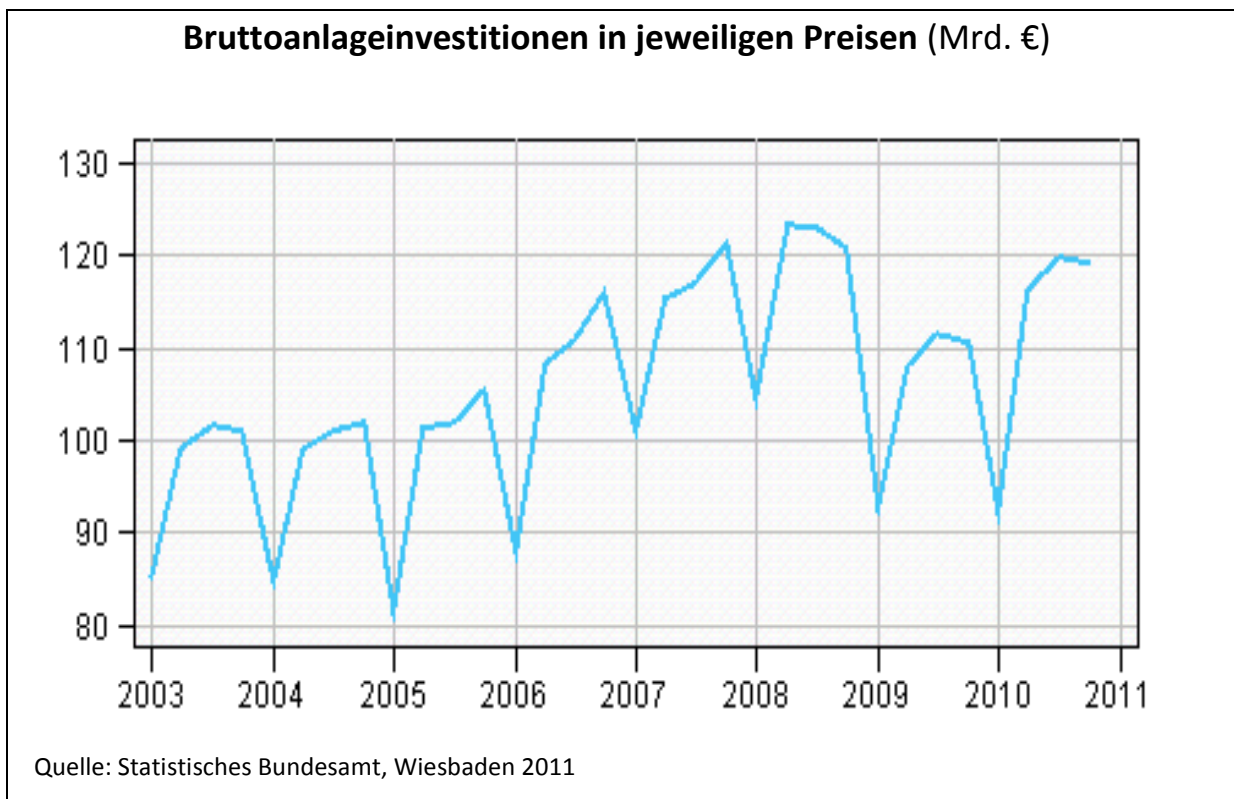
⁶ Gemeinschaftsdiagnose, Werte des Makro-Konsortiums leicht darunter

sich wie geschildert fortsetzen: Gedämpft in den mit starken Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten kämpfenden Ländern, dynamisch in den boomenden Schwellenländern.

Der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft wird gleichwohl in Zukunft abnehmen, da den verhaltener steigenden Exporten eine Importdynamik gegenüber steht, die sich wegen steigender Binnennachfrage weniger stark abschwächt und so den Außenbeitrag insgesamt verringert. Insofern besteht in den kommenden Jahren tatsächlich die Chance eines zwischen Außen- und Binnenwirtschaft ausgewogeneren Wachstums in Deutschland - und zwar ohne Eingriffe in die Exportentwicklung.

Investitionen

Nach dem heftigen Einbruch 2008/2009 entwickelten sich 2010 die **Investitionen** sehr dynamisch, was ebenfalls typisch für die Frühphase eines wirtschaftlichen Aufschwungs ist. Die **Ausrüstungsinvestitionen** nahmen im Jahresverlauf 2010 um rund 18% zu. Das Investitionsniveau blieb damit aber noch immer um rd. 11% unter dem Niveau des letzten Konjunkturföhhepunkts Ende 2007. Insofern gehen die Konjunktorexperten im Hinblick auf die nach wie vor guten Geschäftsaussichten und Finanzierungsbedingungen für 2011 und 2012 auch noch von weiteren Steigerungen um 10,5 bzw. 7,6% aus⁷.

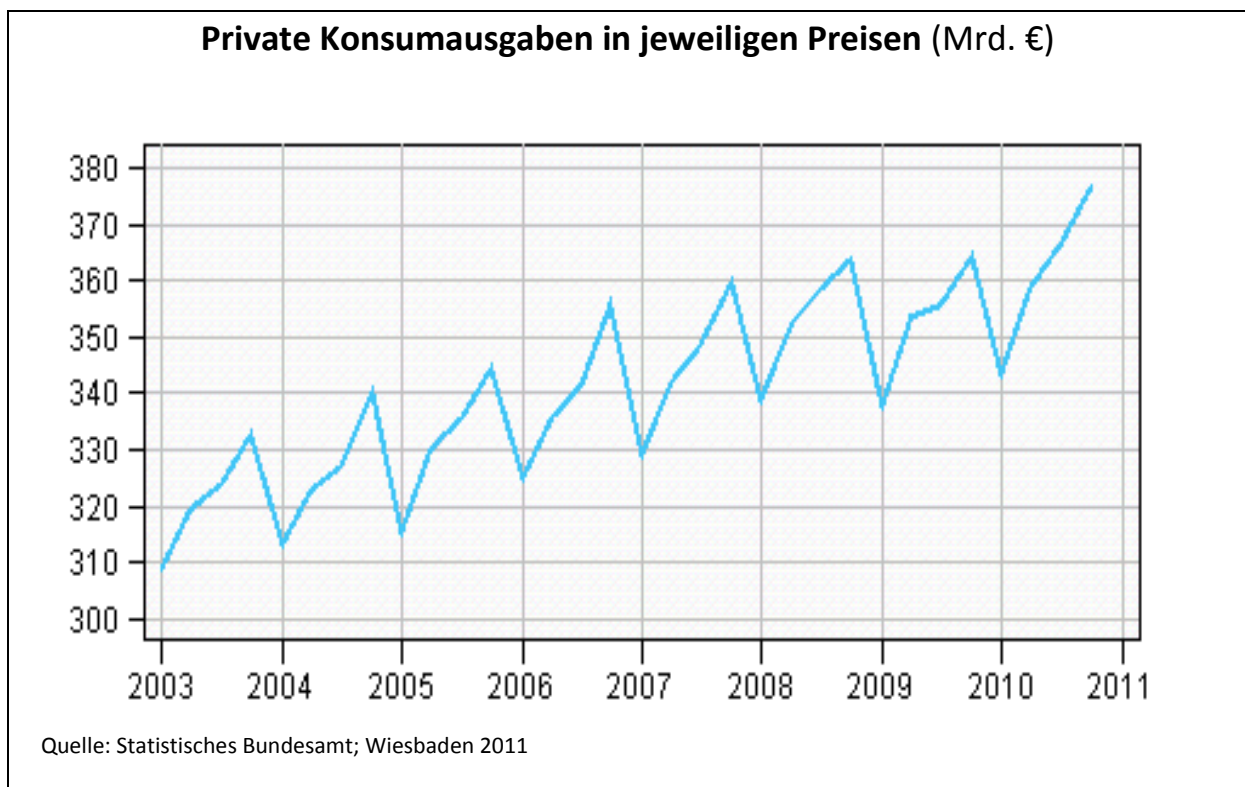


⁷ Gemeinschaftsdiagnose; Makro-Konsortium schätzt die weitere Investitionsdynamik mit 8,7 bzw. 4,4% deutlich schwächer.

Die **Bauinvestitionen** blieben auch im Verlauf der Krise stabil. Ausfallende private Nachfrage, insbesondere aus dem gewerblichen Bereich, konnte durch die staatlichen Mehrausgaben im Rahmen der Konjunkturprogramme abgedeckt werden, im Zuge des Aufschwungs wird, nicht zuletzt dank weiterhin günstiger Zinskonditionen, jetzt wieder die private Nachfrage vor allem im Wohnungsbaubereich eispringen. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme hingegen zurück gehen.

Privater Konsum

Der **private Konsum** nahm im Jahresverlauf 2010 dank zunehmender Beschäftigung und steigender Einkommen – insbesondere aus Gewinn- und Vermögenseinkommen - mit real 1,4 % außergewöhnlich kräftig zu. Die Konjunkturopernten erwarten im Zuge weiterer Verbesserungen am Arbeitsmarkt sowie weiter kräftig steigender Einkommen auch für 2011 und 2012 Zuwächse von jeweils real 1,2 %⁸.



Anders als beim Export und bei den Investitionen gab es beim privaten Konsum 2009 nur einen geringfügigen Rückgang – insbesondere dank der gelungenen Beschäftigungsstabilisierung durch die Konjunkturprogramme und die Ausweitung der Kurzarbeitsförderung. Die Zuwächse beim privaten Konsum gingen so bereits 2010 nicht erst in eine Erholung sondern gleich in einen echten Wachstumsgewinn, der sich in den Folgejahren nun fortsetzen wird

⁸ Gemeinschaftsdiagnose; die Schätzungen des Makro-Konsortiums liegen mit 0,8 bzw. 0,9% wiederum etwas niedriger

und so auch von der binnenwirtschaftlichen Seite her zu einer ausgewogeneren Wachstumsstruktur in der näheren Zukunft führen wird.

III. Fortwirkende Krisenlasten und neue Risiken

Trotz Erholung und Aufschwung hinterlässt die Krise jedoch auch fortwirkende Lasten, aus denen neue Gefahren für das Wachstum und den sozialen Zusammenhalt entstehen. Die Unfähigkeit und Weigerung der schwarz-gelben Bundesregierung, die erforderlichen Konsequenzen aus den Ursachen der Krise auf den Finanzmärkten zu ziehen, die nötige Verantwortung für eine gezielte Überwindung der Ungleichgewichte im Euroraum zu übernehmen sowie für mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen, verschärfen diese Risiken beträchtlich.

Erstens: Die sichtbarste fortwirkende Last der Krise sind die durch wegbrechende Steuereinnahmen einerseits sowie andererseits Mehrausgaben für die Konjunkturstützung und für die Bankenrettung erneut **massiv angestiegenen Defizite der öffentlichen Haushalte** in Deutschland, aber auch weltweit. Die Krise des Finanzsektors hatte eine Krise der Realwirtschaft und des Welthandels und in einer dritten Stufe eine Staatsschuldenkrise zur Folge. Diese dritte Krisenstufe ist noch nicht überwunden.

Zweitens: Die Krise hat die schon zuvor vorhandenen **Ungleichgewichte** innerhalb der Weltwirtschaft, besonders auch **innerhalb der Eurozone weiter verstärkt**. Während Überschussländer wie Deutschland und einige seiner Nachbarn nördlich der Alpen schnell wieder auf Wachstumskurs gehen konnten, schrumpft bzw. stagniert die Wirtschaft in den Krisenländern der Eurozone, Griechenland, Portugal, Irland und Spanien, weiter, wodurch die Spannungen im Euroraum sogar noch zunehmen. Die bisherigen Stabilisierungsversuche durch ad-hoc-Maßnahmen wie die Griechenland-Hilfe und den so genannten „Rettungsschirm“ waren nicht erfolgreich. Auch der im Frühjahr vom Europäischen Rat beschlossenen dauerhaften Stabilitätsmechanismus (ESM) weckt erhebliche Vorbehalte. Übereinstimmend sehen die Gemeinschaftsdiagnose und das Makro-Konsortium in der fortwährenden Krise des Euroraums die größte Gefahr für die weitere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

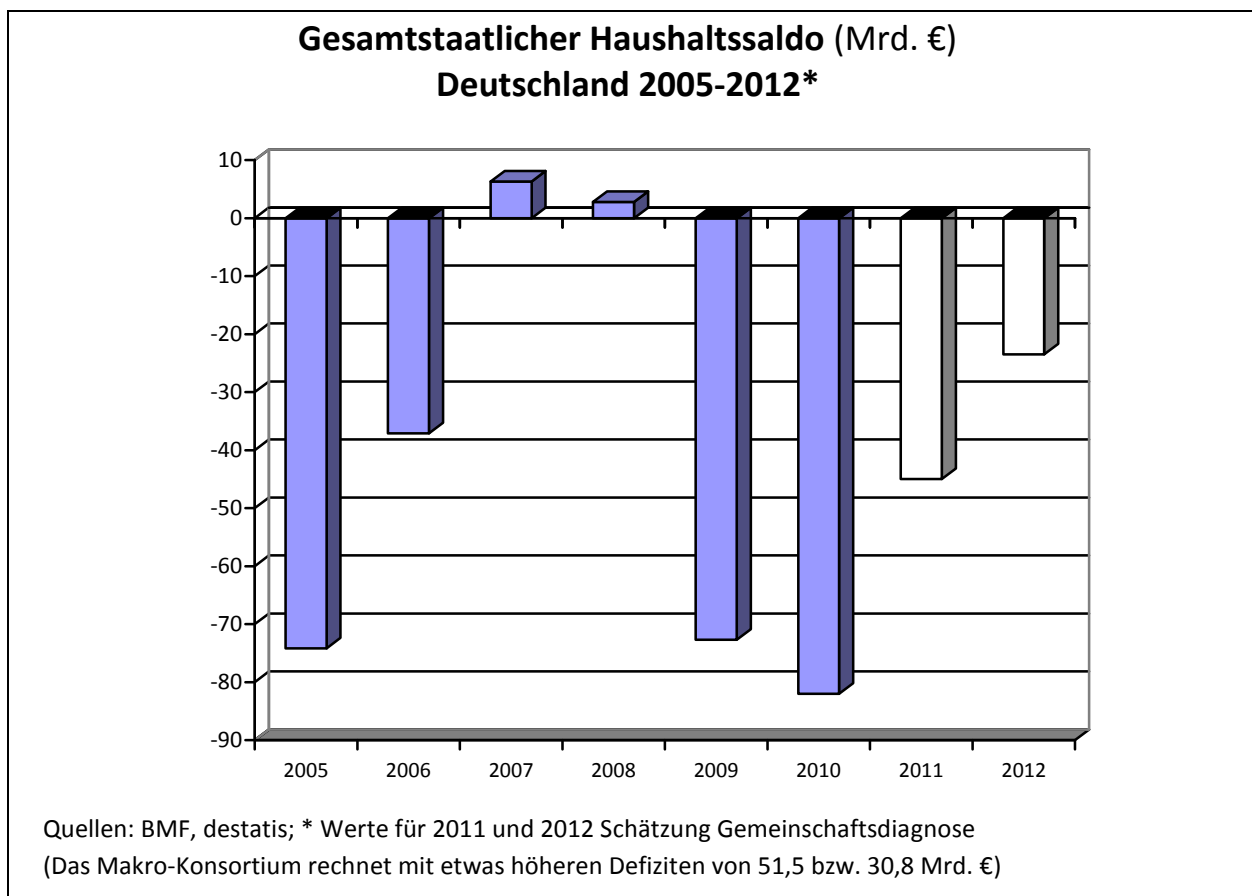
Drittens: Zwar ist die Erholung am **Arbeitsmarkt** angekommen. Das Arbeitsvolumen ist wieder auf Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosigkeit sinkt in diesem Jahr auf unter 3 Millionen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im Frühjahr 2011 um rund 700.000 Stellen gewachsen. Zugleich gibt es rund 1 Million offener Stellen. Für die nächsten Jahre wird ein weiterer kräftiger Abbau der Arbeitslosigkeit voraus gesagt. Allerdings geht diese positive Entwicklung mit **weiterhin bestehenden Strukturproblemen** einher: Ältere Arbeitnehmer, Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Migranten haben nach wie vor schlechte Aussichten auf auskömmliche Erwerbsarbeit. Zugleich streicht die Bundesregierung aber bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die starke Dynamik beruht außerdem zu großen Teilen auf dem **Anstieg der Leiharbeit**, die in vielen Betrieben reguläre Beschäftigungsverhältnisse ver-

drängt. Zwar nimmt seit rund einem Jahr auch die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe selbst wieder zu, der Beschäftigungsstand dort liegt aber weiterhin deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus.

Öffentliche Haushaltsdefizite

Im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden seit 2009 auch in Deutschland wieder massive **Defizite im gesamtstaatlichen Haushalt**⁹, der zuvor 2007 und 2008 jeweils mit kleinen Überschüssen abgeschlossen hatte.

Im Jahr 2009 wurde so der Defizit-Grenzwert des Maastricht-Kriteriums von 3% des BIP gerade noch eingehalten, 2010 wurde die Grenze mit einem Defizit von 3,3% überschritten. Angesichts der inzwischen erreichten Konjunkturwende mit entsprechend höheren Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben sowie geringeren Ausgaben (Auslaufen der Konjunkturprogramme, geringere Transferausgaben) rechnen die Konjunkturforscher allerdings mit einem kräftigen Abbau des gesamtstaatlichen Defizits in diesem und im kommenden Jahr.

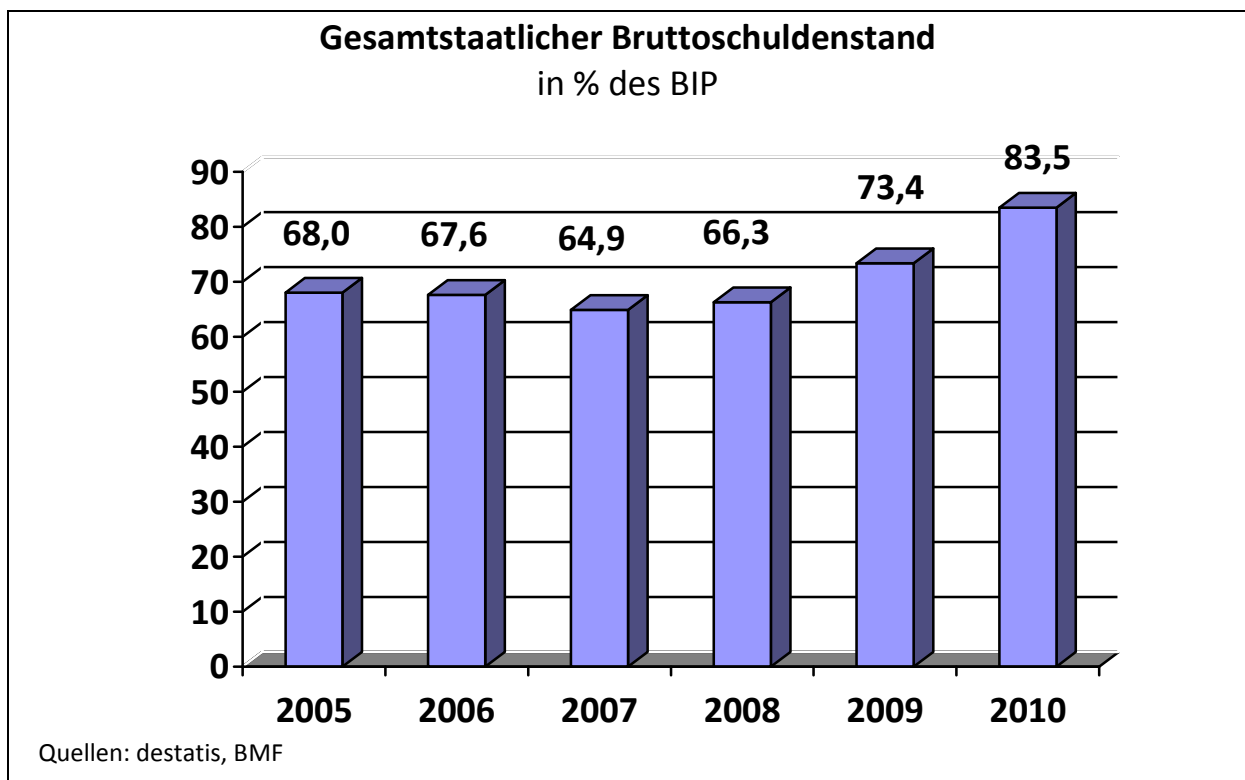


⁹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen

Bei den prognostizierten Werten für 2011 und 2012 gingen beide Institutsgruppen allerdings von einer vollständigen Umsetzung des im vergangenen Sommer von der Bundesregierung beschlossenen Konsolidierungsprogramms aus.

Inzwischen ist allerdings klar, dass dieses Ziel an vielen Stellen nicht erreicht wird: Die im Zuge der Bundeswehrreform zu erbringenden Einsparungen wurden bereits zeitlich nach hinten verschoben, ob sie überhaupt kommen werden, ist fraglich. Die Einnahmen aus der Bankenabgabe fallen offenbar viel niedriger aus als geplant. Und das Wichtigste: Im Zuge des nun vorgesehenen beschleunigten Atomausstiegs werden erhebliche Einnahmen aus dem Energiesektor (Brennelementesteuer) nicht fließen, während gleichzeitig erhebliche Mehrausgaben für die Förderung von Energieeffizienz und einem schnelleren Ausbau regenerativer Energien auf den Staat zukommen werden. Ob der vorausgesagte Defizitabbau also wirklich so rasch erfolgen kann, wie von den Instituten vorhergesagt, ist daher unsicher.

Die im Zuge der Krise unvermeidlichen neuen Defizite haben den gesamtstaatlichen Schuldenstand weiter ansteigen lassen. Dieser hat sich – gemessen am BIP – damit weiter denn je zuvor vom europäischen 60%-Kriterium entfernt und lag Ende 2010 nun bei 83,5%.



Der für 2010 ausgewiesene Sprung der Schuldenquote um über 10% resultierte dabei allerdings hauptsächlich aus den **Rettungsmaßnahmen für den Bankensektor**, d.h. die Übernahme von Verbindlichkeiten und Risikoaktiva von HRE sowie West-LB in den Staatssektor. Ohne diese Effekte wäre die Schuldenstandsquote 2010 in etwa auf dem Niveau von 2009

verblieben¹⁰. Die zur Bankenrettung erforderliche Neuverschuldung in Höhe von fast 10% des BIP macht deutlich, welche immensen Gefahren für die öffentlichen Finanzen in dem totalen Versagen von Schwarz-Gelb liegen, den Finanzsektor endlich angemessen an den Krisenkosten zu beteiligen und ihm gleichzeitig eine ausreichende Vorsorge für kommende Krisen abzuverlangen. Die Tatsache, dass offenbar selbst die Deutsche Bank mit ihren wieder sprudelnden Milliarden Gewinnen die ohnehin viel zu klein dimensionierte Bankenabgabe fast vollständig vermeiden kann, ist aktuell der traurige Höhepunkt dieses Versagens.

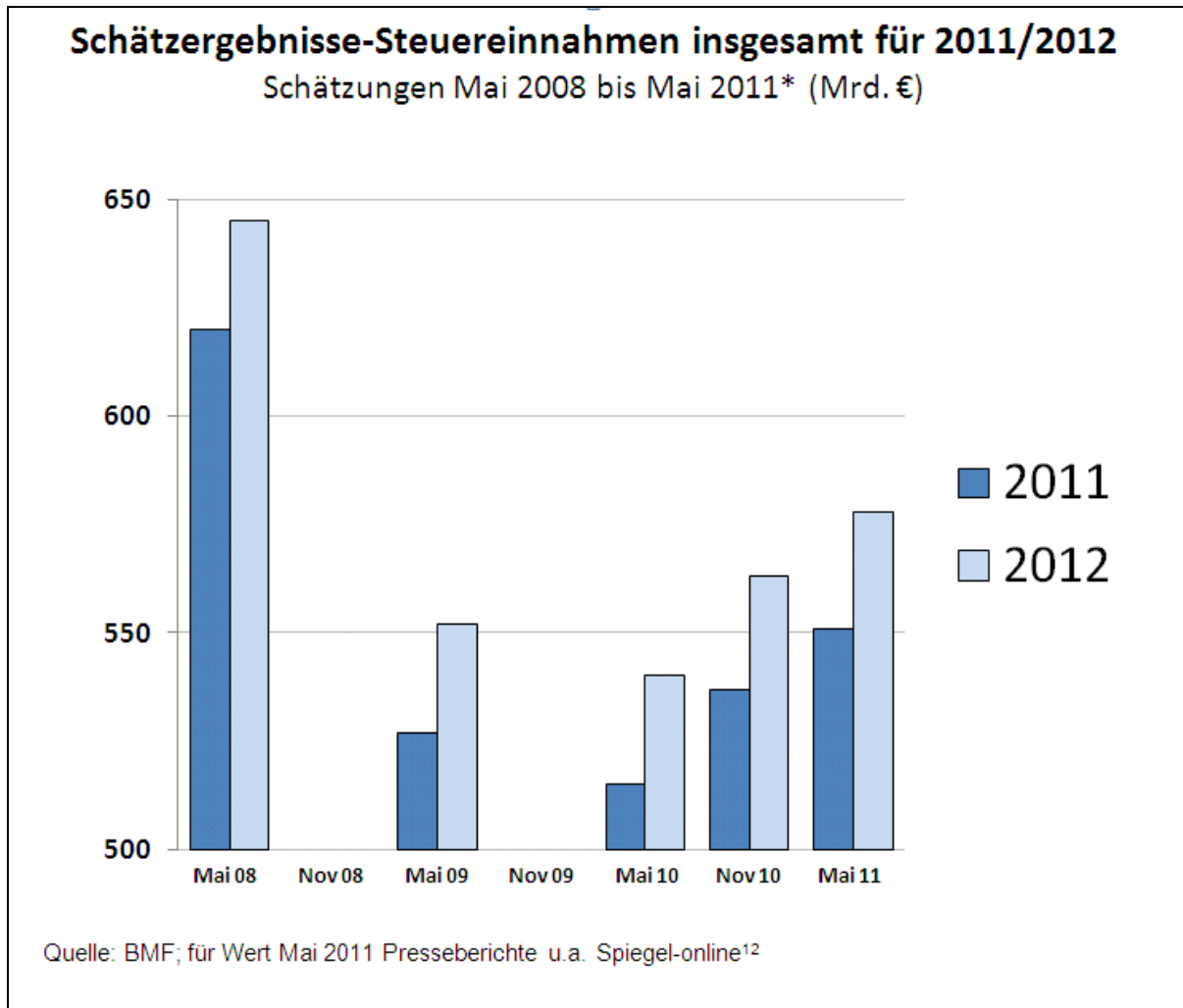
Von 2011 an rechnen die Konjunkturforscher wieder mit einem leichten Rückgang der Schuldenstandsquote im Zuge des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Abbau der laufenden Defizite. Zu beachten ist dabei allerdings auch, dass angesichts der von der EZB zwischenzeitlich eingeleiteten Zinswende die nochmals stark erhöhten Defizite das **Zinsrisiko** der öffentlichen Haushalte weiter erhöhen. In den letzten Jahren war es den Gebietskörperschaften dank des extrem niedrigen Zinsniveaus und eines aktiven Schuldenmanagements gelungen, trotz steigender Defizite einen entsprechenden Anstieg der Zinsausgaben zu vermeiden. Dieser die Haushalte entlastende Effekt könnte sich im Zuge weiter steigender Zinsen irgendwann umkehren und dann zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen zur Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse nötig machen.

Steuerschätzung Mai 2011

Die in dieser Woche stattfindende Mai-Steuerschätzung 2011 wird die Wirkung von Erholung und Aufschwung auf die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in Deutschland sichtbar machen. Presseberichten¹¹ zufolge werden gesamtstaatliche **Steuermehreinnahmen** von jeweils rd. 14 Mrd. € für 2011 und 20 Mrd. € für 2012 gegenüber den Ergebnissen der letzten Steuerschätzung im November 2010 erwartet. Geschätzt wird dabei natürlich wie immer auf der Basis geltenden Rechts, d. h., dass z.B. ein Verzicht auf die Brennelementesteuer im Zuge eines beschleunigten Atomausstiegs noch nicht berücksichtigt wäre.

¹⁰ Vgl. IMK-Report Nr. 61, S.18

¹¹ U.a. Spiegel-online v. 5. Mai 2011 „Forscher erwarten Steuerplus von 125 Mrd. €“

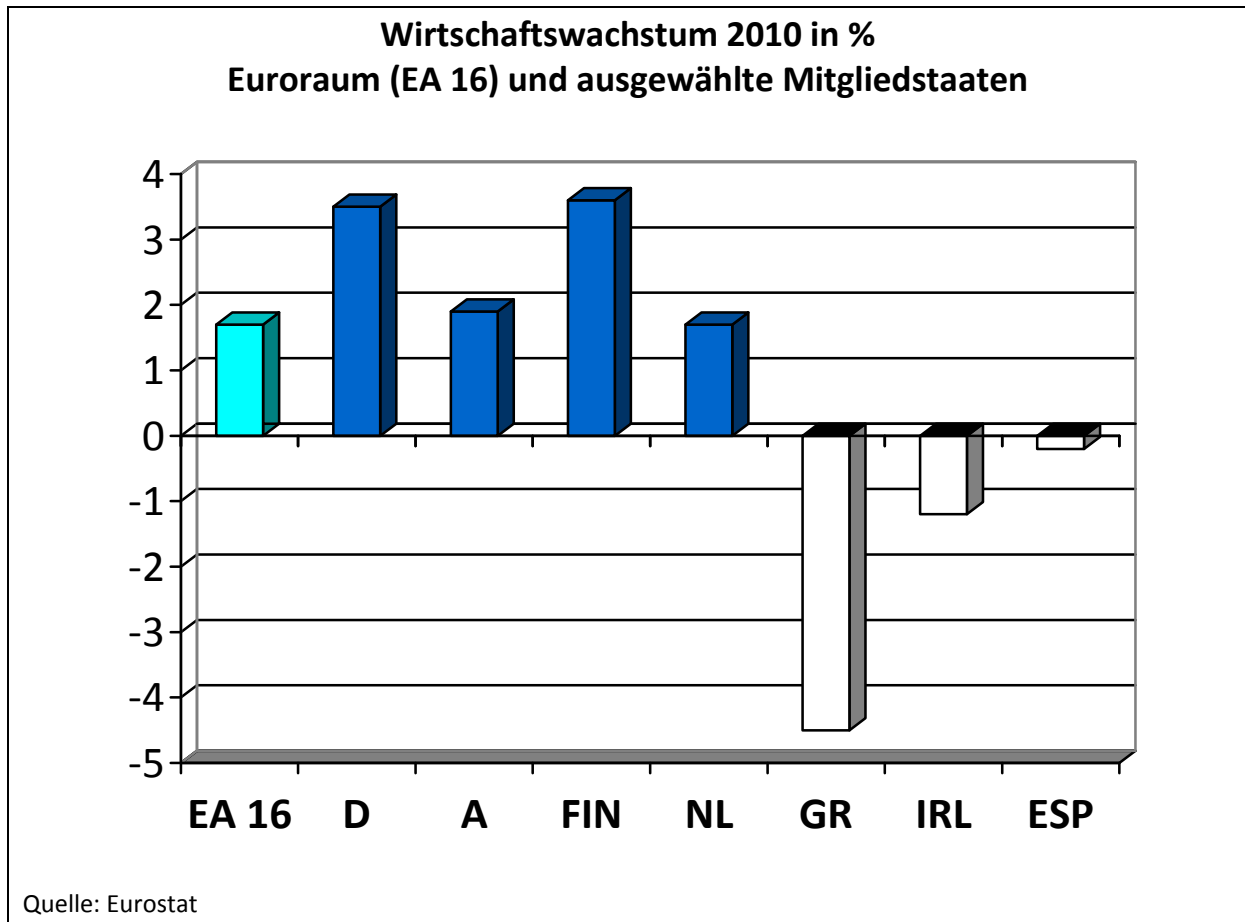


Von der Steuerseite wird somit ein schnellerer Defizitabbau unterstützt, als er noch im vergangenen Jahr möglich schien. Freilich ist zu beachten, dass die Einnahmeerwartungen auch jetzt noch extrem weit unterhalb der vor Krisenbeginn prognostizierten Werte liegen (s. Grafik). Insofern kann aus den verbesserten Steuereinnahmeerwartungen auch **keinerlei Spielraum etwa für neue Steuersenkungen** abgeleitet werden – auch darin sind sich sämtliche Konjunkturexperten einig. Unisono empfehlen die Gemeinschaftsdiagnose wie auch das Makrokonsortium die gegenwärtig gute Wachstumsentwicklung entschlossen zum Defizitabbau zu nutzen und die nach der Schuldenbremse maximal mögliche Neuverschuldung in diesem und den kommenden Jahren soweit wie möglich zu unterschreiten.

Ungleichgewichte im Euroraum

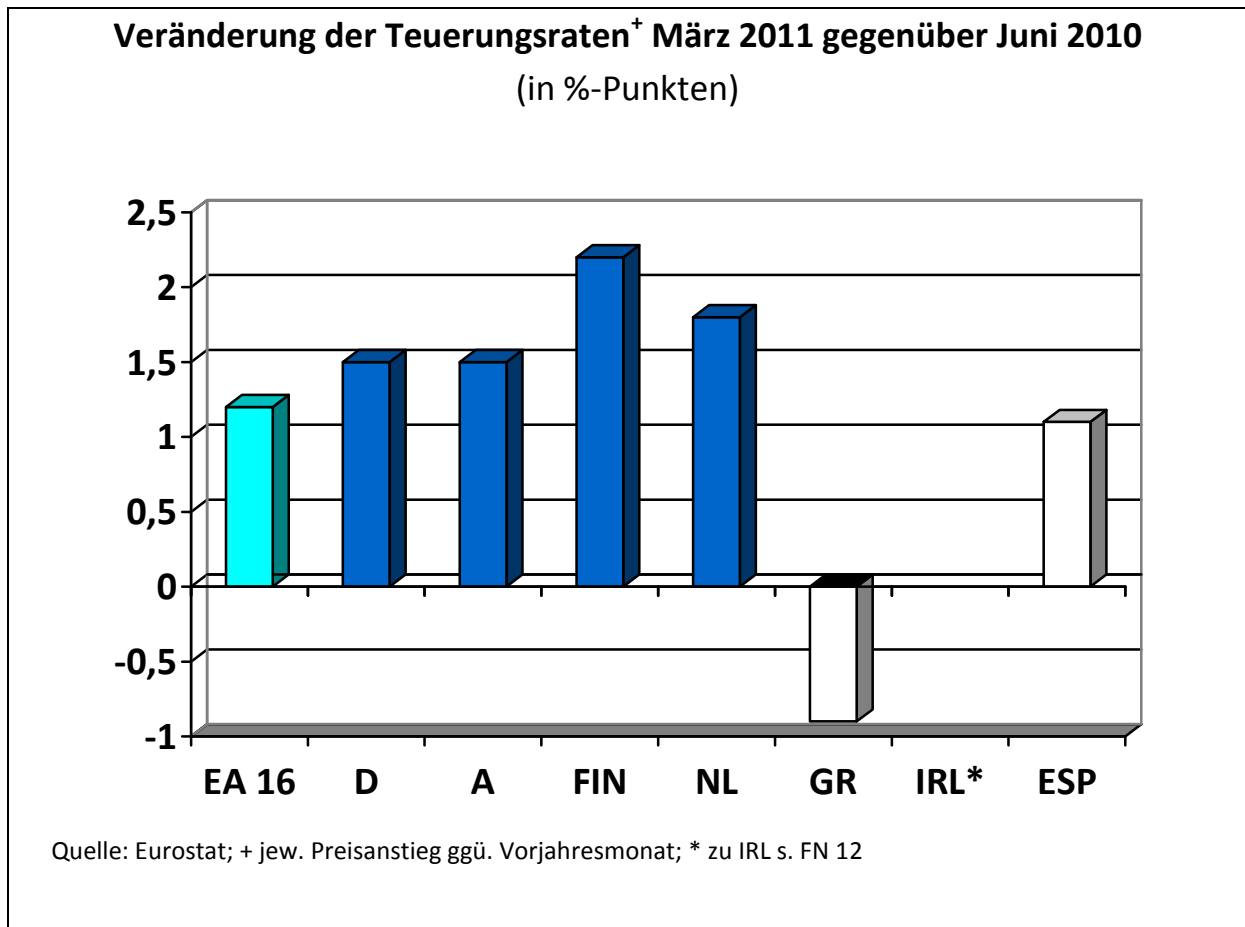
Das größte Risiko für die weitere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, auch darin sind sich die Forscher der Gemeinschaftsdiagnose und des Makro-Konsortiums einig, besteht in den nach wie vor ungelösten Spannungen im Euroraum. Denn die Krise hat die wettbewerblichen

und haushalterischen **Ungleichgewichte zwischen Überschussländern** (insb. Deutschland) **und Defizitländern innerhalb der Währungsunion** nicht etwa geglättet, sondern weiter verschärft.



Dies hat die Wachstumsentwicklung 2010 mit allem Nachdruck gezeigt: Während Deutschland und einige unserer Nachbarn nördlich der Alpen in einen kräftigen erholungs- und Wachstumskurs umgeschwenkt sind, schrumpfte bzw. stagnierte die Wirtschaftsleistung insbesondere in den Problemstaaten im Mittelmeerraum. Diese stark differierende Wirtschaftsentwicklung spiegelte sich in einer gegenläufigen **Entwicklung der Inflationsraten** seit dem vergangenen Frühjahr wieder. In den sich schnell erholenden Ländern liegt der Anstieg der Teuerung deutlich über dem Durchschnitt im Euroraum, in den Problemländern darunter¹².

¹² Irland ist insofern ein Sonderfall, dass es auf dem Höhepunkt seiner Krise im letzten Jahr negative Teuerungsraten aufwies, sich inzwischen aber wieder im positiven Bereich bewegt. Absolut lag die Teuerung in Irland im März 2011 mit 1,2% ggü. dem Vorjahresmonat noch um 55% unter dem ER-16-Durchschnitt von 2,7%.



Die Bindung der sich hinsichtlich Wachstum und Inflation so unterschiedlich entwickelnden Länder an ein und dasselbe von der EZB gesetzte Zinsniveau wird so zu einem eher noch größeren Problem, als es vor der Krise schon war. Die Orientierung der EZB-Politik am Durchschnitt im Euroraum bedeutet in dieser Situation **tendenziell zunehmenden Inflationsdruck in Deutschland** und den anderen kräftig wachsenden Ländern und macht gleichzeitig den Problemländern das Entkommen aus der Schuldenfalle schwerer, als eine allein auf deren individuelle Lage abgestimmte Geldpolitik.

Zumindest für die Problemländer, die Hilfen der Europartner in Anspruch nehmen – also Griechenland, Irland und demnächst Portugal – wird dieses Problem dadurch bekämpft, dass die Hilfskredite ein Element der Zinssubvention enthalten. Bereits im Falle Irlands wurde intensiv über das Ausmaß dieser Zinsverbilligung gerungen und auch Griechenland bemüht sich aktuell zur Abwendung einer Umschuldung – neben einer Laufzeitverlängerung - um eine weitere Zinsverbilligung der von den Euro-Partnern gewährten Hilfskredite. Darüber hinaus ist die EZB selbst in erheblichem Umfang auf dem Umweg der Kreditgewährung an

die nationalen Notenbanken selbst an einer indirekten Zinsverbilligung für die Problemstaaten mittels der Annahme qualitativ schlechter Sicherheiten engagiert.¹³

Diese Strategie der Aufrechterhaltung der Währungsunion durch Zinssubventionen an die weniger wettbewerbsfähigen Mitglieder kann nur für eine kurze Übergangsfrist durchgehalten werden und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den Problemländern nicht ersetzen. Aber an einer überzeugenden Strategie, wie eine solche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern herbei zu führen ist, mangelte es nicht nur den bisherigen ad-hoc-Rettungsmaßnahmen, sondern auch dem so genannten „Euro-Plus-Pakt“ zur Begleitung des dauerhaften Stabilitätsmechanismus ab 2013.

Genau das hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits anlässlich der Beschlussfassung des Europäischen Rats zum ESM Ende März kritisiert, und diese Kritik findet sich auch im Gutachten des Makro-Konsortiums.

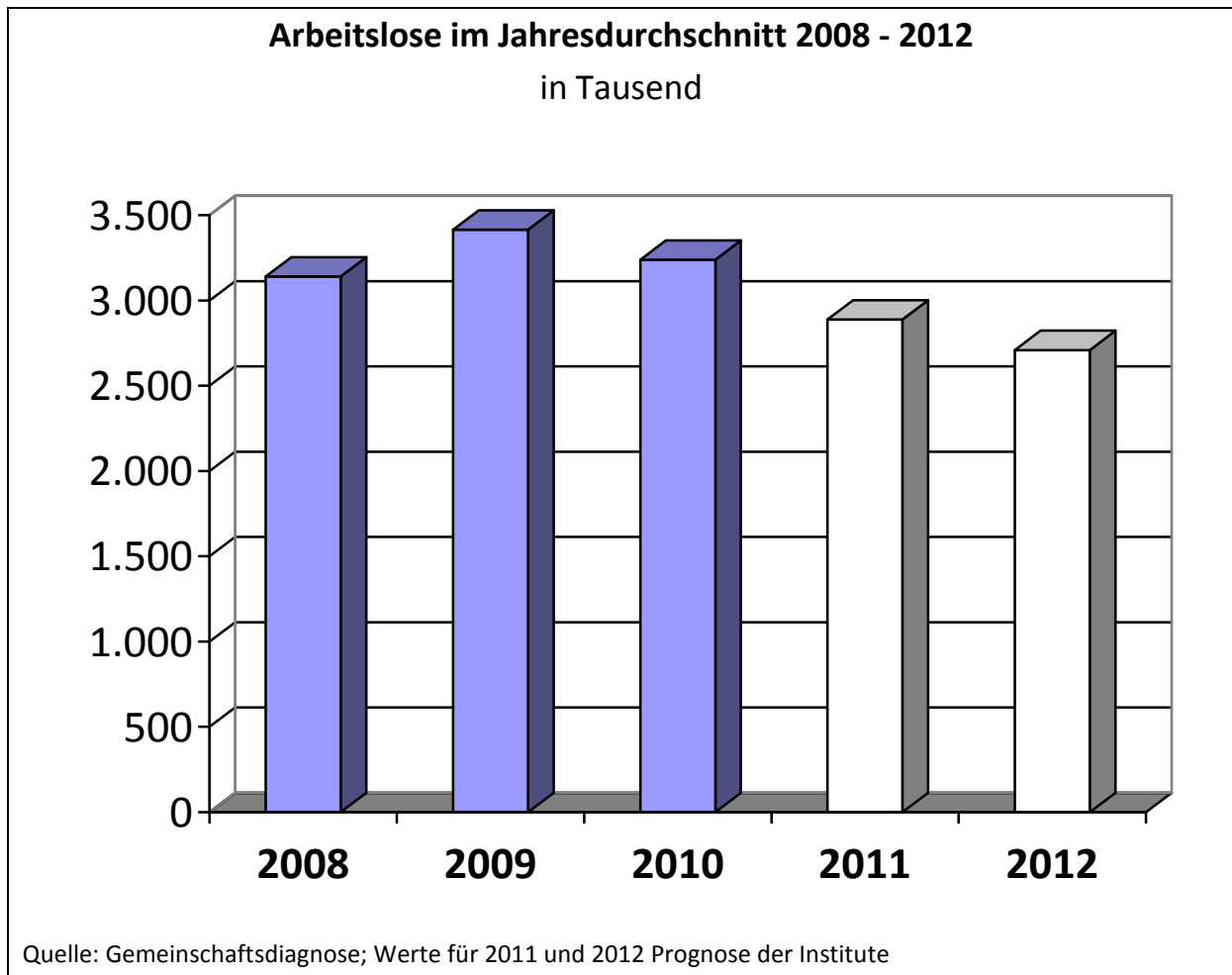
Zunahme der Leiharbeit

Im Hinblick auf die Gesamtzahlen betrachtet hat der deutsche Arbeitsmarkt die Krise gut überstanden. Dies gilt sowohl national im zeitlichen Rückblick, wo nach früheren Krisen stets ein kräftig angewachsener Arbeitslosigkeitssockel zu bewältigen war, als auch im internationalen Vergleich mit den Problemländern im Euroraum oder mit den USA, die jeweils noch immer mit massiv angestiegenen Arbeitslosenquoten zu kämpfen haben.

Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen in Deutschland hat bereits Ende 2010 wieder den Vorkrisenstand erreicht. Für 2011 und 2012 gehen die Konjunkturforscher von einer weiter zurückgehenden Arbeitslosenzahl aus – nach 3,23 Mio. in 2010 werden nun 2,9 Mio. bzw. 2,7 Mio. Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt erwartet.¹⁴

¹³ Hans-Werner Sinn: The ECB's Secret Bailout Strategy; Beitrag für Project Syndicate 29. 4. 2011

¹⁴ Werte der Gemeinschaftsdiagnose; Schätzungen des Makro-Konsortiums liegen leicht darüber (2,95 Mio. bzw. 2,75 Mio.)



Bei differenzierterem Hinsehen erkennt man freilich, dass der kräftige Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – im Jahresvergleich 2010/2009 immerhin 250.000 Personen – zu großen Teilen auf einer Ausweitung der Leiharbeit zurückgeht. Diese stieg Umfragen zufolge von Anfang bis Ende 2010 um ebenfalls etwa 250.000 Personen.¹⁵ Folgerichtig ist die Zahl der Stellen insbesondere im Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen stark gewachsen, wo die Leiharbeit statistisch gezählt wird, während der Stellenbestand im Verarbeitenden Gewerbe trotz eines Wiederanstiegs ab dem 2. Quartal 2010 noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus verharrt.

Diese Entwicklung ist zwar nicht originär durch die Krise verursacht worden, augenscheinlich hat die Krise den Prozess des Ersatzes von regulären Stellen durch Leiharbeitsverhältnisse aber weiter verstärkt. Das ist nicht nur für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedenklich – schließlich verdienen Leiharbeiter/innen mit einer Vollzeitstelle einer aktuellen DGB-Studie¹⁶ zufolge nur etwa die Hälfte von Vollzeitbeschäftigten in der Wirt-

¹⁵ S. IMK Report Nr. 61 S. 16

¹⁶ S. DGB: Arbeitsmarkt aktuell – Niedriglohn und Lohndumping im Verleihgewerbe. www.dgb.de

schaft insgesamt – sondern auch für die öffentlichen Haushalte. Denn: Für Mitte 2010 zählte die DGB-Studie gut 92.000 Leiharbeitskräfte, die trotz sozialversichertem Job noch auf Hartz IV angewiesen waren, wobei neben den Vollzeitbeschäftigten auch jene mit einem sozialversicherten Teilzeitjob einbezogen waren.

Das zeigt, dass es trotz der guten Konjunktur auch auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeitsmarktpolitik weiterhin wichtige Handlungsfelder gibt. Neben einer noch intensiveren Betreuung im Bereich der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit ist dies eben der Bereich der prekären Beschäftigung und der Leiharbeit, wo dem Missbrauch dringend Einhalt zu gebieten ist. Wie richtig die SPD-Bundestagsfraktion mit dem Projekt „Ordnung für Arbeit“ liegt, zeigte jüngst eine Studie der Prognos-AG für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Mehreinnahmen an Steuern und Sozialabgaben bei Einführung eines Mindestlohns von 8,50 € auf über 7 Mrd. € beziffert.¹⁷

¹⁷ S. Prognos-Studie „Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns“, April 2011